

Organe

Aufsichtsrat

Günter Kirchheim

Essen

VorsitzenderVorsitzender des Konzernbetriebs-
rates Deutsche Bahn AG i.R.**Regina Rusch-Ziemba**

Hamburg

Stellv. VorsitzendeStellv. Vorsitzende der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)**Dr. Wolfgang Bohner**

Berlin

Leiter Corporate
Finance DB Mobility
Logistics AG**Klaus-Dieter Hommel**

Frankfurt am Main

Stellv. Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)**Dr. Martina Niemann**

Berlin

Chief Human Resources Officer (CHO)
Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG
(bis 15. Februar 2012)**Hans-Otto Umlandt**

Oesterdeichstrich

Vorstand Personal DB Netz AG
Leiter Personal Infrastruktur
Deutsche Bahn AG**Bernd Zens**

Königswinter

Mitglied der Vorstände
DEVK Versicherungen
(ab 20. September 2012)

Vorstand

Dr. Hans Willi Sieberg

Swisttal

Dr. Veronika Simons

Walluf

(ab 1. Juni 2012)

Joachim Gallus

Wermelskirchen

Stellv. Vorstandsmitglied

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Marktüberblick

Die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. organisierten Pensionsfonds konnten in 2012 nicht mehr an das in 2011 erzielte Wachstum anschließen und fielen im Beitragsniveau wieder auf das Jahr 2010 zurück. Ursächlich hierfür war der Rückgang der Einmalbeiträge um mehr als 60 %. Demgegenüber konnten die Bestände um mehr als ein Drittel bzw. um mehr als 100.000 Versorgungsverhältnisse gesteigert werden, was zu positiven Wachstumsraten bei den laufenden Beiträgen führte. Wie in den Vorjahren dominieren jedoch weiterhin Einmalbeiträge den Markt.

Der in den vergangenen Jahren zu verzeichnende Trend, dass Beitragszusagen mit Mindestleistung gegenüber dem Übertragungsgeschäft immer mehr an Bedeutung verlieren, wurde in 2012 unterbrochen, wozu hauptsächlich Tarifvereinbarungen beigetragen haben, durch die Teile der vereinbarten Lohnanpassungen obligatorisch in Beitragszusagen mit Mindestleistung umgewandelt wurden.

Die hohe Steigerungsrate in den Leistungsausgaben des Vorjahres setzte sich mit knapp 14 % in 2012 fort.

Das Ergebnis des Börsenjahres 2012 war maßgeblich beeinflusst von der Ankündigung der EZB, alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Rettung des Euro nötig sind. Dies trug zu einem positiven Verlauf auf den Finanzmärkten im 2. Halbjahr bei. Denn trotz hoher Volatilität der Märkte verzeichneten fast alle Asset-Klassen eine deutlich positive Wertentwicklung. Besonders erfreulich schnitt der deutsche Aktienindex, DAX, mit einem Jahresendstand von 7.612,39 Punkten und einer Performance von +29,1 % ab. Er lag damit deutlich vor den anderen großen Aktienindizes in Asien, Europa und in den USA. Der europäische Aktienindex EuroStoxx50 konnte beispielsweise mit einem Jahresendstand von 2.635,93 Punkten nur eine Performance von +14,1 % erreichen. Auch mit z.B. italienischen Staatsanleihen konnte das investierte Kapital um 28,5 % gesteigert werden. Selbst die 10-jährige Bundesanleihe hatte über das Jahr betrachtet einen Wertzuwachs von 7,6 % zu verzeichnen.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung im zehnten vollen Geschäftsjahr war sehr zufriedenstellend. Die Beitragseinnahmen konnten um mehr als 50 % gesteigert werden, die Anzahl der Versorgungsverhältnisse um mehr als 80 %. Diese Wachstumsraten resultieren aus tariflichen Vereinbarungen eines Großkunden, durch die laufende Gehaltsbestandteile obligatorisch in eine Beitragszusage mit Mindestleistung umgewidmet werden. Da die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb im Wesentlichen auf Vorjahresniveau liegen, konnten sowohl die Aufwendungen für Beitragsrückerstattung als auch der Bilanzgewinn nennenswert gesteigert werden.

Die wichtigsten Träger des Neugeschäfts waren wie schon in den Vorjahren beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Die Gesellschaft umfasst insbesondere den betrieblichen Pensionsfonds der Deutschen Bahn AG. Bestände und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutschen Bahn AG.

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Geschäftsverlauf

Neugeschäft und Bestand

Im Berichtsjahr waren 101.562 Zugänge an Anwärtern bzw. Rentnern (Versorgungsverhältnisse) zu verzeichnen (Vorjahr 4.508).

Der Bestand umfasst damit 221.844 Versorgungsverhältnisse in der Anwartschaft (Vorjahr 122.109) und 770 laufende Renten (Vorjahr 586).

Der überwiegende Teil von Bestand und Neugeschäft stammt aus Gewinnbeteiligungszahlungen und Gehaltsbestandteilen der Deutschen Bahn AG, die in Versorgungszusagen umgewandelt wurden.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 25,18 Mio. € zu und belaufen sich per Jahresultimo auf 74,60 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 51,0 %. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um laufende Einmalbeiträge.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle stiegen nur unwesentlich auf 3,42 Mio. € (Vorjahr 3,23 Mio. €) an.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen insgesamt 1,77 Mio. € (Vorjahr 1,57 Mio. €). Davon entfielen 0,69 Mio. € auf Abschlusskosten (Vorjahr 0,71 Mio. €).

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen umfassten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 272,7 Mio. € (Vorjahr 214,5 Mio. €). Der Anstieg der Kapitalanlagen spiegelt den gewachsenen Bestand wider.

Hinzu kommen 132,1 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Vorjahr 98,1 Mio. €). Hier schlägt sich die positive Entwicklung der Aktienmärkte nieder.

Kapitalerträge

Die Erträge aus Kapitalanlagen betragen im Berichtsjahr 11,3 Mio. € (Vorjahr 10,4 Mio. €). Der Anstieg resultiert aus den gewachsenen Kapitalanlagenbeständen.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Überschuss betrug im Berichtsjahr 3,83 Mio. € (Vorjahr 3,41 Mio. €). Hiervon wurden 3,51 Mio. € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 91,6 % (Vorjahr 93,6 %) des Gesamtüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Vom Jahresüberschuss in Höhe von 320 Tsd. € wurden 20 Tsd. € der gesetzlichen Rücklage zugeführt. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den danach verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 300 Tsd. € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das zu 100 % eingezahlte Grundkapital wird von der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit Wirkung ab 1. Januar 2013 besteht, zu 100 % gehalten.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Auf Grund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Die allgemeinen Betriebsbereiche Rechnungswesen, Inkasso, EDV, Vermögensanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie allgemeine Verwaltung sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und den Anforderungen des § 64a VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement entsprechend, wird an dieser Stelle über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Innerhalb der DEVK-Gruppe wird ein Risiko-Management-System zur frühzeitigen Risiko-identifikation und -bewertung eingesetzt. Es beruht auf einem Risikotragfähigkeitskonzept, das eine ausreichende Hinterlegung aller wesentlichen Risiken durch vorhandene Eigenmittel gewährleistet. Die DEVK hat ein konsistentes System von Limiten zur Risikobegrenzung installiert. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt. Die Risikokennzahlen brechen die in der Risikostrategie gesetzten Begrenzungen der Risiken auf die wichtigsten Organisationsbereiche der DEVK herunter. Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe eines Fragebogens erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden, soweit möglich, quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Mit Hilfe dieses Systems kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die Gesellschaft und den Konzern ein Risiko darstellen. Die Wirksamkeit und Angemessenheit wird durch die Interne Revision überwacht.

Organisiert ist das Risikomanagement der DEVK sowohl zentral als auch dezentral. Unter dem dezentralen Risikomanagement ist die Risikoverantwortung in den Fachbereichen zu verstehen. Die Bereichs- bzw. Prozessverantwortlichen sind zuständig und verantwortlich für das Risikomanagement in ihren Arbeitsbereichen. Das zentrale Risikomanagement wird durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion wahrgenommen. Diese ist für bereichsübergreifende Risiken sowie für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risiko-Management-Systems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird anhand des Risikoberichts im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage über die Ergebnisse berichtet. Der Risikobericht und der Risikokontrollprozess (Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung) werden vierteljährlich fortgeschrieben. Berichtsempfänger sind das Risikokomitee und die Mitglieder des Vorstands.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko und das Zinsgarantierisiko (Mindestleistung).

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z.B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Die von uns verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen. Durch sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Auswertungen stellen wir sicher, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten.

Das biometrische Risiko wird durch das Unisex-Urteil des EuGH ab dem 21.12.2012 wesentlich beeinflusst werden, da die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht zum Kalkulationsparameter wird, der künftig ein zeitnahes Monitoring erfordert.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die in den Pensionsplänen verankerten Mindestleistungen auf Grund eines sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mehr finanziert werden könnten. Zurzeit liegen hier ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Zins- und Aktienkursentwicklungen (Marktpreisrisiken),
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Im Bereich der Kapitalanlagen werden die Vorschriften der Pensionsfonds-Kapitalanlagenverordnung beachtet. Darüber hinaus wird das Bonitätsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten beschränkt. Durch eine ausgewogene Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen ist ein permanenter Liquiditätszufluss gewährleistet.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds erfolgt fast ausschließlich in Staatsanleihen hoher Bonität. Darin enthalten ist auch ein Kapitalanlageengagement in den nach wie vor im Fokus stehenden Ländern Spanien und Italien. Der Buchwert der in Spanien investierten Wertpapiere betrug zum 31. Dezember 2012 18,7 Mio. €, der Marktwert 16,4 Mio. €. Für die in Italien getätigten Investitionen betrug der Buchwert 31,3 Mio. €, der Marktwert 30,9 Mio. €. Die spanischen und italienischen Staatsanleihen wurden in voller Höhe über Credit Default Swaps abgesichert, so dass eine Bedeckung der Verpflichtungen auch bei einer eventuellen Insolvenz garantiert wäre.

Die dem Anlagevermögen gewidmeten Kapitalanlagen weisen im Saldo eine positive Bewertungsreserve in Höhe von 38,2 Mio. € aus. Darin sind 3,6 Mio. € stille Lasten enthalten.

In Analogie zur Lebensversicherung haben wir den Bestand der Kapitalanlagen einem Stresstest unterzogen. Diesen haben wir zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 mit dem von der BaFin für die Lebensversicherung vorgeschriebenen modifizierten Stresstestmodell des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) durchgeführt und alle Szenarien bestanden. Der Stresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versorgungsberechtigten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Stresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Unternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, bzw. auf dem Rentenmarkt bei unverändertem Aktienmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt

unterstellt. Da bisher nicht in Immobilien investiert wurde, greift das Stress-Szenario auf Immobilien nicht.

Operationale Chancen und Risiken

Operationale Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, externen Einflussfaktoren, mitarbeiterbedingten Vorfällen und Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen. Das besondere Augenmerk der halbjährlich durchgeführten Risikoinventur liegt auf operationalen Risiken.

Die Arbeitsabläufe werden auf der Grundlage innerbetrieblicher Leitlinien betrieben. Das Risiko mitarbeiterbedingter Vorfälle wird durch Berechtigungs- und Vollmachtsregelungen sowie durch maschinelle Unterstützung der Arbeitsabläufe begrenzt. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit der internen Kontrollen wird durch die Interne Revision überwacht.

Im EDV-Bereich sind umfassende Zugangskontrollen mit Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Die Verbindung zwischen den internen und den externen Netzwerken ist dem aktuellen Standard entsprechend geschützt.

Aufbauend auf einer betriebstechnischen Notfallanalyse wurde eine Leitlinie zum Notfallmanagement erstellt, die Ziele und Rahmenbedingungen zur Vorsorge gegen Notfälle und Maßnahmen zu deren Bewältigung beschreibt.

Die Einbettung unserer Gesellschaft in einen Versicherungskonzern, der im Privatkunden-segment umfassenden Versicherungsschutz bietet, eröffnet uns die Möglichkeit, spartenübergreifende Synergieeffekte zu nutzen.

Unsere Nähe zum Bahnmarkt und die hierauf abgestimmte Produktpalette bietet uns vielfältige Chancen für eine weitere positive Entwicklung unserer Gesellschaft.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 53c VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben. Im Hinblick auf Solvency II ist jedoch weiterer Kapitalbedarf zu erwarten.

Cashflow

Der Cashflow für die Investitionstätigkeit, das heißt, der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug 75,0 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zurzeit ist keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft führen könnte.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Prognosebericht

Nach unserer Einschätzung bietet der Markt der betrieblichen Altersversorgung, insbesondere auch der Pensionsfonds, weiterhin gute Absatzmöglichkeiten. Wir erwarten, dass die in 2012 beobachtete Entwicklung, Betriebliche Altersversorgung zum Bestandteil von Tarifverhandlungen zu machen, sich auch in 2013 fortsetzen wird. Eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Akzeptanz durch Arbeitgeber und Belegschaft ist hierbei eine effiziente, kostengünstige Verwaltung der Pensionsfondsverträge verbunden mit einer wettbewerbsfähigen Rendite. Die hierfür bereits im vergangenen Jahr unternommenen Anstrengungen werden wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Wir sehen uns in unserer bisherigen Strategie, unser Geschäftsmodell schwerpunktmäßig auf Beitragszusagen mit Mindestleistung auszurichten, bestätigt und planen derzeit keine weiteren Diversifikationen.

Wir rechnen damit, auch in den kommenden Jahren an das gute Ergebnis aus 2012 anschließen zu können.

An den Finanzmärkten hat sich die positive Entwicklung des Jahres 2012 in den ersten Wochen des neuen Jahres fortgesetzt. Die Niedrigzinspolitik der großen Notenbanken ist unverändert. Durch die extrem expansive Rettungspolitik der Zentralbanken mittels massiver (Über-)Versorgung der Kapitalmärkte mit Liquidität werden die Renditen für Staatsanleihen (künstlich) niedrig gehalten. Als Folge haben sich fast alle Anlageformen stetig verteuert. Dadurch steigt die Nachfrage nach Immobilien und anderen Sachwerten. Einige der von der Euroschuldenkrise direkt betroffenen Länder werden auch in 2013 trotz erster Restrukturierungserfolge ein negatives Wachstum ausweisen. Inflationäre Tendenzen sind derzeit nicht zu erkennen, aber für die Zukunft nicht auszuschließen. Die Gefahr einer Blasenbildung in Teilen des Renten- und Immobilienmarkts nimmt zu.

Die konjunkturelle Situation in den USA und China hat einen entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, da die Abhängigkeit unseres Landes von seiner Exportwirtschaft unverändert hoch ist. Auf Grund der dortigen Signale sehen wir daher gute Chancen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auch in 2013 ihren moderaten Wachstumskurs unverändert fortsetzen kann.

Das beschriebene Szenario unterstellt, dass eine erneute Verschärfung der Euroschuldenkrise unterbleibt und die betroffenen Länder an ihrer Konsolidierungspolitik festhalten werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass insbesondere der Einfluss von Wahlen (z.B. Italien, Deutschland) die Unsicherheit erhöht. Die zuletzt stark gefallenem Risikoaufschläge für Anleihen der betroffenen Länder könnten deshalb zumindest zeitweise wieder deutlich ansteigen.

Köln, 19. April 2013

Der Vorstand

Dr. Sieberg

Dr. Simons

Gallus

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2012

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	91.743	30.366
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	73.738	27.824
2. sonstiger Zugang	41	62
3. gesamter Zugang	73.779	27.886
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	231	42
2. Beginn der Altersrente	954	203
3. Invalidität	225	69
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	36	23
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	79	16
7. sonstiger Abgang	12	40
8. gesamter Abgang	1.537	393
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	163.985	57.859
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	–	–
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	–	–
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	163.985	57.859
4. beitragsfreie Anwartschaften	–	–
5. in Rückversicherung gegeben	–	–
6. lebenslange Altersrente	–	–
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	–	–

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten		
						Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
327	155	225	76	17	11	34	7	3
146	64	97	20	8	2	7	2	-
-	-	6	-	-	-	1	-	-
146	64	103	20	8	2	8	2	-
5	8	5	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	3	2	2	2	2	-	1	1
22	9	3	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
30	20	10	2	2	2	-	1	1
443	199	318	94	23	11	42	8	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
224	93	175	-	-	-	-	-	-
14	-	7	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite

	€	€	€ (Vorjahr Tsd. €)
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		435.626	(502)
II. geleistete Anzahlungen		—	(—)
		435.626	(502)
B. Kapitalanlagen			
– Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		628.933	(778)
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		257.055.205	(205.778)
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	12.511.039		(5.067)
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	810.982		(780)
		13.322.021	(5.847)
4. Andere Kapitalanlagen		1.733.886	(2.114)
		272.740.045	(214.517)
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
		132.058.441	(98.088)
D. Forderungen			
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:			
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	28.555		(16)
2. Vermittler	144.367		(—)
		172.922	(16)
II. Sonstige Forderungen		3.093.844	(87)
davon:			
an verbundene Unternehmen: 2.974.982 €			(103)
		3.266.766	(28)
E. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		69.743	(80)
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		5.561	(3)
		75.304	(83)
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		127.709	(127)
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		19.931	(30)
		147.640	(157)
Summe der Aktiva		408.723.822	(313.450)

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 18. April 2013

Der Treuhänder | Thommes

Passivseite

	€	€	€ (Vorjahr Tsd. €)
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000	(5.000)
II. Kapitalrücklage		4.153.766	(4.154)
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	420.000		(400)
2. andere Gewinnrücklagen	380.000		(180)
		800.000	(580)
IV. Bilanzgewinn		300.000	(200)
		10.253.766	(9.934)
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		257.651.837	(198.202)
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle		370.933	(295)
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		7.814.008	(5.845)
		265.836.778	(204.342)
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		132.058.441	(98.088)
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		119.210	(84)
II. Steuerrückstellungen		162.835	(573)
III. Sonstige Rückstellungen		64.718	(63)
		346.763	(720)
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
1. Arbeitgebern	127.899		(41)
2. Versorgungsberechtigten	–		(–)
		127.899	(41)
II. Sonstige Verbindlichkeiten		100.175	(325)
davon:			(366)
gegenüber verbundenen Unternehmen: – €			(262)
		228.074	(366)
Summe der Passiva		408.723.822	(313.450)

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten Passiva B.I. und C. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 389.710.278,83 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 116 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Posten	€	€ (Vorjahr Tsd. €)
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	74.602.971	(49.421)
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	1.539.937	(1.171)
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	11.074.866	(10.335)
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>221.237</u>	(52)
	11.296.103	(10.387)
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	17.259.988	(–)
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	5.233	(9)
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	3.341.787	(3.074)
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	<u>75.460</u>	(154)
	3.417.247	(3.228)
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	– 93.420.174	(– 30.921)
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	3.509.466	(3.195)
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	688.966	(713)
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.081.580</u>	(855)
	1.770.546	(1.568)
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.039.401	(589)
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>243.006</u>	(359)
	1.282.407	(948)
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	–	(19.798)
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	75.594	(37)
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	1.228.798	(1.293)
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	514.374	(440)
2. Sonstige Aufwendungen	<u>823.019</u>	(700)
	– 308.645	(– 260)
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	920.153	(1.033)
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	599.531	(812)
5. Sonstige Steuern	<u>622</u>	(1)
	600.153	(813)
6. Jahresüberschuss	320.000	(220)
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
– in die gesetzliche Rücklage	<u>20.000</u>	(20)
8. Bilanzgewinn	300.000	(200)

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Der Ansatz der **Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere** und der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Börsenkursen. Die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden gemäß § 253 Abs. 3 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Das Agio wurde durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. **Zero-Namenschuldverschreibungen** und **Zero-Schuldscheindarlehen** wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die **anderen Kapitalanlagen** beinhalten ausschließlich Credit Default Swaps, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Auf Grund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben dem Agio aus Namenschuldverschreibungen hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 116 VAG sowie der zugehörigen Deckungsrückstellungsverordnung. Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) einschließlich Deckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv auf der Basis eines Rechnungszinses von 1,75 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde je nach Rentenbeginn mit 2,25 % bzw. 1,75 % ermittelt. Es wurden modifizierte Generationen-Richttafeln (2005G) von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Stellung einer Zinszusatzreserve gemäß § 2 der Pensionsfonds-Deckungsrückstellungsverordnung war nicht erforderlich.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Die Diskontierung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz in Höhe von 5,05 % (Vorjahr 5,14 %), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Das Finanzierungsendalter ist das 62. Lebensjahr.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 1,95 % p.a., die Rentendynamik mit 1,7 % p.a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet und haben in voller Höhe eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Vom Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern nach BilMoG wurde auf Grund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Entwicklung der Aktivposten A., B.–. im Geschäftsjahr 2012

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	502	14	–	–	–	80	436
2. geleistete Anzahlungen	–	–	–	–	–	–	–
3. Summe A.	502	14	–	–	–	80	436
B.–. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	778	77.127	–	77.276	–	–	629
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	205.778	56.477	–	5.200	–	–	257.055
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	5.067	8.244	–	800	–	–	12.511
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	780	31	–	–	–	–	811
4. Andere Kapitalanlagen	2.114	–	–	380	–	–	1.734
5. Summe B.–.	214.517	141.879	–	83.656	–	–	272.740
insgesamt	215.019	141.893	–	83.656	–	80	273.176

Entwicklung der im Aktivposten C. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2012

Kapitalanlagearten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
– Sonstige Kapitalanlagen							
– Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	98.088	80.608	–	63.898	17.260	–	132.058
insgesamt	98.088	80.608	–	63.898	17.260	–	132.058

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2012 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen		
	Buchwert €	Zeitwert €
B.-. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	628.933	655.474
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	257.055.205	295.254.354
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	12.511.039	13.328.242
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	810.982	871.679
4. Andere Kapitalanlagen	1.733.886	2.108.102
insgesamt	272.740.045	312.217.851
davon: zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	268.440.045	307.414.623
davon: Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	257.055.205	295.254.354

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 3,6 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen und andere Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Sowohl die Dividendenpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 36 RechPensV i.V.m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Rendite-Struktur-Kurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Angaben zu Finanzinstrumenten i.S.d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Wertpapiere des Anlagevermögens	41.538	37.985

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 und 4 HGB wurden unterlassen, da beabsichtigt ist, diverse Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten und Vorkäufen gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Tsd. €	Prämie Tsd. €	Beizulegender Wert der Prämie Tsd. €
Andere Kapitalanlagen	Credit Default Swaps	56.000		1.734	2.108

Bewertungsmethode

Credit Default Swaps: J.P. Morgan

Zu Aktiva C.

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Rentenfonds	65.208,50	3.439.748
Monega Aktienfonds	3.321.442,28	128.618.693
insgesamt		132.058.441

Zu Aktiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

noch nicht fällige Zinsforderungen	127.709 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	19.319 €
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	612 €
	147.640 €

Zu Passiva A.I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5.000.000 € ist in 5.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva A.II.

Kapitalrücklage

Bei der Kapitalrücklage in Höhe von 4.153.766 € handelt es sich um „andere Zuzahlungen“ gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

Zu Passiva A.III.

Gewinnrücklagen

1. gesetzliche Rücklage	
Stand 31.12.2011	400.000 €
Zuführung	20.000 €
Stand 31.12.2012	420.000 €
2. andere Gewinnrücklagen	
Stand 31.12.2011	180.000 €
Zuführung	200.000 €
Stand 31.12.2012	380.000 €

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2012 wurde der Bilanzgewinn aus dem Geschäftsjahr 2011 in voller Höhe von 200.000 € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Zu Passiva B.I. und C.

Deckungsrückstellung

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 389.710.279 € gebildet. Davon waren 132.058.441 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 318.351.256 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B.III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2011	5.844.479 €
Entnahme	1.539.937 €
Zuführung	3.509.466 €
Stand 31.12.2012	7.814.008 €

Von dieser Rückstellung sind für laufende Überschussanteile 1.450.000 € bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilt. Die Überschussbeteiligung ist im Einzelnen im Anschluss an die Sonstigen Angaben dieses Berichts dargestellt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– Einmalbeiträge	74.603	49.421
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	74.603	49.421
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	74.603	49.421

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	231	306
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	–	–
3. Löhne und Gehälter	37	17
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	–	–
5. Aufwendungen für Altersversorgung	31	6
insgesamt	299	329

Es existierten keine Rückversicherungsverträge.

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 37.558 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2012 eine Pensionsrückstellung von 119.210 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 38.063 €. Die Beiratsbezüge betragen 15.442 €.

Erträge aus Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.978	7.599
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	221	52
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	2.097	2.736
insgesamt	11.296	10.387

Aufwendungen für Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.036	587
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	–	–
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	243	359
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	3	2
insgesamt	1.282	948

Die Beiträge für die Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung an den Pensions-Sicherungs-Verein betragen im Berichtsjahr 75.080 €.

Sonstige Angaben

Allgemeine Angaben

Die Aufstellungen der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind gemäß § 285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang enthalten.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die von uns eingesetzten Rechnungsgrundlagen in der Prämienkalkulation tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Rechnung. Nähere Hinweise zur Berücksichtigung des Geschlechts als Faktor der Risikobewertung bei der Prämienkalkulation finden sich unter www.aktuar.de.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet.

Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse. Grundsätzlich werden diese Überschussanteile als laufende Anteile zugeteilt. Abhängig vom Vertragsstand gliedert sich der laufende Überschussanteil in einen Zinsüberschussanteil und in einen Grund- und Risikoüberschussanteil.

Die laufenden Überschussanteile werden wie folgt verwendet:

Grund- und Risikoüberschussanteil

Die fälligen Grund- und Risikoüberschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteilseinheiten für den Vertrag.

Zinsüberschussanteil

Die fälligen Zinsüberschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird folgende Überschussbeteiligung festgelegt:

Für alle Risikoklassen

Grundüberschussanteil: 0,5 % des gezahlten Beitrags
(Vorjahr 0,5 %)

Risikoüberschussanteil: 40 % des versicherungstechnischen Risikobeitrags
(Vorjahr 40 %)

Zinsüberschussanteil: 2,15 % des maßgebenden Deckungskapitals
(Vorjahr 2,15 %)
bei einem Rechnungszins von 2,25 %,
2,65 % des maßgebenden Deckungskapitals
bei einem Rechnungszins von 1,75 %

Für die Fortführertarife DB1FF, AM1FF und AM2FF wird der Zinsüberschussanteil um 0,25 %-Punkte und der Risikoüberschussanteil um 0,1 %-Punkte angehoben (Vorjahr 2,15 %).

Köln, 19. April 2013

Der Vorstand

Dr. Sieberg

Dr. Simons

Gallus

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss -- bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang -- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **DEVK Pensionsfonds-Aktiengesellschaft**, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 25. April 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer

Offizier
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2012 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2012 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts seitens des Aufsichtsrats ergibt ebenfalls keine Beanstandungen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2012, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 16. Mai 2013

Der Aufsichtsrat

Kirchheim

Vorsitzender